

Petitionsgemeinschaft
Verfassungstag 23. Mai

Petitionsinitiative
1989 – 2009

**Vom »17. Juni«
zum »23. Mai«**

**»Die Demokratie
verwirklichen«**

Erinnerung an eine
1988 vom Deutschen
Bundestag übergangene
Initiative zur Revision
unseres Blicks auf die
deutsche Demokratie-
geschichte, die recht
verstanden werden will

Testamentsvollstreckung

**Nach 20 Jahren:
Drei offene Forderungen
an den Bundestag aus
der Untergangs-Devise der
DDR »Wir sind das Volk«**

Mit einem Aufruf zur Aktion
»Das Volk ergreift
die Staatsgewalt«

WWW.VOLKSGESETZGEBUNG-JETZT.DE

COMMUNICATION@VOLKSGESETZGEBUNG-JETZT.DE

ACHBERGER VERLAG

EDITION REGENBOGEN

1953 – 2013

Im Blick auf 60 Jahre »17. Juni«

DEUTSCH



LAND

Band 1

ERWACHE

Die aktuelle Aufgabe des Volkes

AV

Die vorliegende Denk-Schrift betrifft ein Kapitel aus der tragischen National-Geschichte der Deutschen. Und sie wendet sich vor diesem Hintergrund an das deutsche Volk als die in der Bundesrepublik politisch verantwortliche Rechtsgemeinschaft der mündigen Bürgerinnen und Bürger, um sie, in Konsequenz dieser Tragik, wie sie sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt hat, auf eine längst *überfällige aktuelle Aufgabe* hinzuweisen, durch welche diese misslungene Epoche zeitgemäß abgeschlossen werden würde. Woraus entstand die deutsche Tragik?

Die Denkschrift dokumentiert in ihrem ersten Teil eine Initiative aus dem Jahr 1988, die sich mit einer Petition an den Deutschen Bundestag richtete und beantragte, den seit 1954 am 17. Juni in der BRD begangenen „Tag der deutschen Einheit“ aufzugeben und diesen Tag – zur Erinnerung an das Ereignis des Aufstandes gegen die SED-Diktatur von 1953 – der DDR zu überlassen und statt dessen in der Westrepublik den 23. Mai, den Tag des 1949 in Kraft getretenen „Grundgesetzes“, als neuen Nationalfeiertag zu begehen.

Das Entscheidende an diesem Vorschlag war seine Begründung. Sie warf ein neues Licht auf das Verständnis der Ereignisse vom 17. Juni 1953: einerseits auf das Bewusstsein der damals in der DDR auf beiden Seiten Agierenden, andererseits auch auf das Bewusstsein der in der BRD darauf Reagierenden.

An dieser Bewusstseinslage hatte sich bis 1988 hüben wie drüben nichts geändert. Aus der neuen Sicht ergab sich nicht nur der konkrete Vorschlag der Petition, sondern zugleich wurde damit auf ein in den verfassungsrechtlichen Gründungs-Konstitutionen beider deutschen Staaten gemeinsames Grundelement aufmerksam gemacht, aus welchem es von Verfassungswegen zu einer anderen Entfaltung der Demokratie sowohl in der BRD als auch in der DDR hätte kommen müssen! Wäre dieses Element den Deutschen beiderseits bewusst gewesen, dann hätten sie von Anfang an darauf pochen können, es verfügbar zu machen: als *Abstimmungsrecht des Volkes*.

Das aber wurde gesamtdeutsch versäumt, verschlafen. Und deshalb verlief nicht nur der 17. Juni 1953 so, wie er verlief, sondern es führte dieses Versäumnis am 13. August 1961 zum Bau der Mauer und zum „Eisernen Vorhang“ mit Todesstreifen und allen damit einhergehenden Folgen.

Als 1988 in der erwähnten Petition auf *dieses* Verständnis der Teilung Deutschlands als einer im Kern sowohl in der DDR wie in der BRD gleichermaßen vorliegenden *grundsätzlichen Demokratiefrage* hingewiesen und in der Westrepublik – schon 1987 im Blick auf 1989 – zu einem bestimmten Handeln aufgerufen wurde,¹ stieß das im Bonner Bundestag ebenso auf taube Ohren wie die hier dokumentierte von 1988. Sie geriet in die Turbulenzen des Herbstes 1989 und blieb unbeantwortet – obwohl doch gerade jetzt, beim Ruf der Devise „*Wir sind das Volk*“, das Erwachen zu jenem Demokratieverständnis erforderlich gewesen wäre, wie es 1949 in der Gründungsverfassung der DDR, sogar deutlicher als im Grundgesetz, verankert war.

Statt dessen begab man sich beim Fall der Mauer in die Falle der *nur-parlamentarischen* Demokratie, bei welcher der Volkssouverän der Selbsttäuschung unterliegt, sich durch Wahlen zu verwirklichen, in Wahrheit jedoch just dadurch permanent sich selbst liquidiert. So setzte sich die Tragik fort, die mit der gescheiterten Revolution 1848/49 begann und mit dem Scheitern der ersten Republik, der „Weimarer“, in der Hitler-Diktatur mit seinen beispiellosen Menschheitsverbrechen endete.

Die richtige Antwort darauf ist noch immer nicht gegeben und besteht als *aktuelle Aufgabe*. Sie ist im zweiten Teil des Buches dargestellt. Jeder volljährige Deutsche ist mitverantwortlich!

¹ Dieses Projekt kam 1984 auch auf dem Petitionsweg erstmals auf die Agenda des Bundestags, wurde aber nur von den Grünen unterstützt. Das war auch das Schicksal der nächsten Petition aus dem Jahr 1987. Dieser Zusammenhang wird im Band 2 dokumentiert und kann auch im „Achberger Memorandum“ nachgelesen werden [s. www.volksgesetzgebung-jetzt.de/achberger-memorandum]